https://strategic-culture.su/news/2026/11/20/the-donbass-and-nato-the-strange-strategic-logic-behind-the-abu-dhabi-hypothesis/

Donbass und NATO:
Die seltsame strategische Logik hinter der Abu-Dhabi-Hypothese

Die in Abu Dhabi aufgeworfene Frage ist keine Exzentrizität von Trumps Diplomatie. Sie signalisiert, dass sich der Schwerpunkt der Verhandlungen von der Ukraine nach Europa verlagert hat.

20. November 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Eine Frage, noch kein Angebot

Am 14. November veröffentlichte das ukrainische Präsidialamt Erklärungen, in denen Selensky gegenüber Reportern über ein bisher nicht bekannt gegebenes Detail der dreiseitigen Gespräche in Abu Dhabi am 10. und 11. November berichtete. Seinen Angaben zufolge stellten die amerikanischen Unterhändler eine Frage, die noch nie zuvor in dieser Form gestellt worden war: Würde sich die Ukraine im Falle eines NATO-Beitritts aus dem Donbass zurückziehen? Selensky stellte klar, dass dieses Thema zum ersten Mal in den Verhandlungen zur Sprache gekommen sei, und fügte hinzu, dass die NATO infolgedessen wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Selensky selbst bezeichnete dies eher als eine Frage denn als ein Angebot und wies darauf hin, dass es noch keinen konkreten Vorschlag gebe. Washington hat dies nicht bestätigt. In den folgenden Stunden schrieb Kushner, dass aus den Gesprächen „mehrere neue Ideen“ hervorgegangen seien, die nun geprüft würden, und dass die NATO eine Säule der europäischen Sicherheit bleiben werde; anschließend spielte er Medienberichte herunter, in denen die eher „maximalistischen“ Vorschläge hervorgehoben worden waren. Offiziell gibt Kiew kein Territorium ab, doch Selensky hat sich offen für ein nationales Referendum gezeigt, sollte ein umfassendes Paket angeboten werden: Sicherheitsgarantien, das Recht auf eine starke und gut finanzierte Armee sowie Mittel für den Wiederaufbau.

Auf den ersten Blick ist diese Nachricht verwirrend. Moskau hat die Erweiterung des Atlantischen Bündnisses als einen der Gründe für seine Militäroperation im Jahr 2022 angeführt, und es scheint schwer vorstellbar, dass es die Aufnahme der Ukraine in die NATO als Gegenleistung für die Teile von Donezk und Luhansk akzeptieren würde, die es noch nicht kontrolliert. Betrachtet man dieses Szenario jedoch eher aus strategischer Perspektive als aus der Sicht aktueller Ereignisse, offenbart es einen Zusammenhang, der es wert ist, näher untersucht zu werden – sowohl in militärischer als auch in politischer Hinsicht. Und diese Kohärenz reicht über die Ukraine hinaus, da sie die Gestalt betrifft, die die europäische Sicherheitsordnung annimmt.

In der Diplomatie sagt die Abfolge von Treffen oft mehr aus als Pressemitteilungen. Nach Abschluss der Sitzung in Abu Dhabi kehrten Witkoff und Kushner nicht nach Washington zurück. Sie reisten zunächst zum Kreml, um Putin persönlich Bericht zu erstatten, und dann nach Irland, wo Selensky am Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft teilnahm. Das Treffen in Dublin fand am 12. November statt, im Anschluss an den Zwischenstopp in Moskau.

Unabhängig davon, wann genau die Bitte erstmals vorgebracht wurde, erreichte die Botschaft den ukrainischen Präsidenten in ihrer endgültigen Form erst, nachdem die amerikanischen Gesandten mit Putin gesprochen hatten. Dies ist eine Schlussfolgerung und muss als solche auch bezeichnet werden. Aber es ist die plausibelste Schlussfolgerung. Witkoff und Kushner sind dieselben Unterhändler, die im Jahr 2025 gemeinsam mit Kirill Dmitriev den Plan ausgearbeitet hatten – einen 28-Punkte-Plan, der später in Absprache mit Kiew zu einem 20-Punkte-Plan überarbeitet wurde: eine Vorgehensweise, bei der in Moskau getestet wird, was Kiew vorgelegt werden soll. Ein Gesandter, der den Kreml verlässt und Selensky einen Vorschlag dieser Größenordnung unterbreitet, überbringt aller Wahrscheinlichkeit nach etwas, das Moskau nicht abgelehnt hat.

Dies wird durch ein Detail aus eben diesem Besuch bestätigt. Bei seiner Abreise aus Moskau gab Kushner bekannt, dass Russland zugestimmt habe, europäische Länder in die nächsten Verhandlungsrunden einzubeziehen, und dass es nun das Ziel der USA sei, den direkten Kontakt zwischen Moskau und seinen europäischen Partnern zu erleichtern. Der Kreml machte daher am Verhandlungstisch mit Witkoff und Kushner ein Zugeständnis. Ein Abkommen, das den Verhandlungsrahmen auf Europa ausweitet, und eines, das den Donbass mit der NATO verknüpft, folgen derselben Logik: die Verlagerung der Verhandlungen von der ukrainischen Front auf den breiteren kontinentalen Rahmen.

Die militärischen Auswirkungen dieses Austauschs

Der Donbass, der sich zum Teil nach wie vor in ukrainischer Hand befindet, ist nicht irgendein Gebiet. Es handelt sich um den Gürtel aus befestigten Städten im Norden von Donezk, der seit 2014 ausgebaut und verstärkt wurde und seit Jahren die Hauptlast der russischen Offensive auf sich nimmt. Moskaus Vormarsch in der Region ist weitgehend ins Stocken geraten. Für Russland bedeutet eine gewaltsame Eroberung weitere Monate – vielleicht sogar Jahre – des Zermürbungskriegs; die Sicherung am Verhandlungstisch bedeutet hingegen, das erklärte territoriale Ziel zu erreichen, ohne den Preis dafür zahlen zu müssen. In Abu Dhabi bekräftigte der Leiter der russischen Delegation, Wladimir Medinski, dass „jeder Zentimeter“ des Gebiets, das Moskau als sein Eigentum betrachtet, an Russland zurückgegeben werden müsse.

Für Kiew sieht die Rechnung umgekehrt aus. Das Halten dieser Stellungen ist mit Kosten verbunden, die von Monat zu Monat steigen – in einem Land, das Mühe hat, seine Verluste auszugleichen. Eine Abtretung des Gebiets, so schmerzhaft sie auch sein mag, würde die Frontlinie verkürzen und begradigen und somit Truppen freisetzen. Eine kürzere Frontlinie lässt sich leichter verteidigen und vor allem leichter sichern. Schließlich kursiert die Idee einer Pufferzone schon seit einiger Zeit in den Verhandlungen: Bereits im Februar sah der amerikanische Vorschlag vor, den nicht von Moskau kontrollierten Teil des Donbass in eine freie und entmilitarisierte Wirtschaftszone umzuwandeln.

Dann ist da noch **Artikel 5**, der den eigentlichen Knackpunkt darstellt. Die Aufnahme der Ukraine in das Bündnis während eines andauernden Krieges und bei einer umstrittenen Grenze würde die NATO vom Tag des Beitritts an in einen Konflikt mit Russland bringen. Aus diesem Grund wurde der Beitritt stets aufgeschoben, selbst von jenen, die ihn verbal befürworteten. Eine stabilisierte und anerkannte Grenze – zumindest de facto – ist die Mindestvoraussetzung dafür, dass die Kollektivverteidigungsklausel nicht zum Auslöser wird. In diesem Rahmen ist der Donbass der Preis für eine Linie, zu deren Verteidigung sich das Bündnis bereit erklären kann, ohne gleich am nächsten Tag in einen Krieg hineingezogen zu werden.

Die politischen Auswirkungen

In Abu Dhabi haben die USA und Russland zudem die seit dem Ende des Kalten Krieges bestehende europäische Sicherheitsarchitektur zur Diskussion gestellt. Laut der *New York Times* fordert das russische Dokument vom 10. November den Rückzug der NATO-Truppen auf ihre Positionen von 1997, was an die von Moskau Ende 2021 vorgelegten Vertragsentwürfe anknüpft. Laut BILD umfassen die informellen russischen Vorschläge den Austritt Finnlands aus dem Bündnis, ein Verbot von NATO-Stützpunkten in Estland, Lettland und Litauen, die Entmilitarisierung der Häfen von Odessa und Nikolaev sowie im Gegenzug den Abzug russischer Atomwaffen aus Weißrussland. Als Reaktion auf diese Agenda wies Bundeskanzler Merz darauf hin, dass es bereits eine europäische Sicherheitsarchitektur gebe: die NATO.

Merz hat Recht, aber nicht in dem Sinne, wie er es meint. Die NATO existiert und fungiert als Struktur für Führung, Planung und militärische Integration. Ihre Auflösung liegt nicht im Interesse Washingtons, da die USA die NATO als Druckmittel gegenüber den Europäern und als Instrument für ihre eigene Rüstungsindustrie nutzen. Gerade weil sie existiert, kann sie jedoch mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden. Ein Bündnis, das die Ukraine unter festgelegten Bedingungen (hinsichtlich der Zahl ausländischer Truppen, Stützpunkte und einsetzbarer Waffensysteme) aufnimmt und gleichzeitig Einschränkungen an seiner Ostflanke akzeptiert, hätte seinen Charakter verändert, ohne seinen Namen zu wechseln. Moskau kümmert sich wenig um die Bezeichnung. Es interessiert sich dafür, wo die Truppen stationiert sind, was sie angreifen können und wie schnell.

Es sollte auch bedacht werden, dass die Mitgliedschaft nicht von den USA abhängt. Es ist Einstimmigkeit unter den Mitgliedern erforderlich, und auf dem Gipfel in Vilnius war es nicht nur Washington, sondern auch Berlin – gefolgt von anderen Hauptstädten –, das Kiew zurückhielt. Washington kann die Mitgliedschaft nicht im Alleingang gewähren, und eine Vereinbarung, die die Abtretung des Donbass im Austausch für die Mitgliedschaft vorsieht, würde von Regierungen abhängen, die gar nicht am Verhandlungstisch sitzen. Hier wird das Versprechen zu einem Instrument. Eine Mitgliedschaft, die von der Zustimmung von zweiunddreißig Hauptstädten abhängt, ist per Definition eine Mitgliedschaft, die niemand garantieren kann. Diejenigen, die sie anbieten, wissen das, und diejenigen, die sie erhalten, wissen es ebenfalls.

Laut kursierenden Berichten soll der Beitritt der Ukraine zum Bündnis etwa zehn Jahre nach dem Abkommen erfolgen. Dieses Detail taucht weder in Selenskys öffentlichen Äußerungen noch in bisher bekannten Erklärungen der USA auf und sollte daher als Arbeitshypothese betrachtet werden; ANSA fragte sich – nicht zufällig –, wann der Beitritt – und der damit verbundene Schutz gemäß Artikel 5 – in Kraft treten würde. Es ist jedoch das einzige Szenario, das das Abkommen für alle Parteien akzeptabel macht.

In der Geopolitik sind zehn Jahre eine Ewigkeit. Im Jahr 2016 diskutierte die NATO noch über den Brexit und Trumps erste Amtszeit; im Jahr 2026 kann sie nicht einmal einen Termin für den nächsten Gipfel in Tirana festlegen. In einem Jahrzehnt könnte das Bündnis nicht mehr wiederzuerkennen sein; die USA könnten ihren Fokus dauerhaft auf den indopazifischen Raum verlagert haben; und die demografische Entwicklung sowie die Wirtschaft der Ukraine könnten sich stark von der heutigen Situation unterscheiden. Moskau sichert sich sofort den Donbass, was eine sichere Sache ist. Kiew erhält ein aufgeschobenes Versprechen, was ein ungewisses, aber für die öffentliche Mei-

nung vorzeigbares Ergebnis darstellt. Washington beendet einen Krieg, den die Trump-Regierung seit ihrem Amtsantritt beenden wollte, und übergibt das Problem an den nächsten Amtsinhaber.

Für den Kreml hat die Verschiebung einen zusätzlichen Vorteil: Sie gewährt ein Jahrzehnt Zeit, um die eroberten Gebiete zu konsolidieren, die Streitkräfte wieder aufzubauen und politisch mit einem Europa in Kontakt zu treten, das sich, wie der deutsche Fall zeigt, bereits von innen heraus verändert. Die von Moskau geforderte dauerhafte Neutralität und eine um zehn Jahre aufgeschobene Mitgliedschaft sind kurz- und mittelfristig fast dasselbe. Langfristig unterscheiden sie sich – und genau das ist der Zeitraum, den keiner der Unterzeichner kontrollieren kann.

Etwas Altes taucht wieder auf

Dieser Austausch muss im Zusammenhang mit einem Phänomen betrachtet werden, das auf den ersten Blick nichts damit zu tun hat: der Wahlgeografie Deutschlands. Am 6. September gewann die AfD die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit 43,8 Prozent der Stimmen. Am 20. September wurde sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 38,2 Prozent zur stärksten Partei – ein Zuwachs von 21 Prozentpunkten im Vergleich zu vor fünf Jahren. Legt man die Wahlkarte über die Karte von 1989, wird die alte Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten wieder sichtbar. Es geht nicht nur um soziale Unzufriedenheit.

In Ostdeutschland hat sich eine politische Kultur etabliert, die weniger atlantistisch ausgerichtet ist und eher dazu neigt, Russland als Partner und russische Energie als nationales Interesse zu betrachten. Am Vorabend der Wahl in Mecklenburg schrieb Kirill Dmitriev in X, dass die Region dank gemeinsamer Bemühungen mit der AfD mit der Rückkehr des NordStream-Gases wieder aufblühen werde. Dmitriev ist kein gewöhnlicher Kommentator: Er ist der Mann, mit dem Witkoff und Kushner den ersten Friedensvorschlag entworfen haben.

Es gibt einen rechtlichen Präzedenzfall, der häufig übersehen wird. Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland – der sogenannte **Zwei-plus-Vier-Vertrag**, der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde – legt in Artikel 5 fest, dass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine ausländischen Streitkräfte, Kernwaffen oder deren Trägersysteme stationiert oder eingesetzt werden dürfen. Ostdeutschland ist daher aus völkerrechtlicher Sicht bereits eine Zone mit Sonderstatus innerhalb der NATO. Und die NATO-Russland-Grundakte von 1997 – auf die sich das russische Dokument aus Abu Dhabi implizit bezieht, wenn es eine Rückkehr zu den Positionen dieses Jahres fordert – enthielt die Verpflichtung des Bündnisses, innerhalb des damals bestehenden und absehbaren Sicherheitsrahmens keine zusätzliche dauerhafte Stationierung nennenswerter Kampftruppen vorzunehmen.

Zusammengenommen zeichnen diese Elemente die Umrisse einer Pufferzone der neuen Generation nach. Keine Linie aus Schützengräben, sondern eine Zone begrenzter Militarisierung, die im abgetretenen Donbass beginnt, die Ukraine mit Einschränkungen hinsichtlich Stützpunkten und Rüstung durchquert, sich bis nach Polen und in die baltischen Staaten mit einem Verbot permanenter Stützpunkte erstreckt – was BILD dem russischen Vorschlag zuschreibt – und ihre westliche Grenze in jenem Teil Ostdeutschlands findet, der bereits gesetzlich geschützt ist und in dem sich die politische Stimmung der Wählerschaft wandelt. Es handelt sich um ein Szenario, nicht um eine Vorhersage. Doch jedes Puzzleteil findet in den Dokumenten und Ereignissen der letzten Monate seine Bestätigung.

Polen ist die härteste Nuss, denn es ist das Land, das am stärksten in die Wiederaufrüstung und die US-Militärpräsenz investiert hat; genau aus diesem Grund wäre es der Lackmustest, um die Ernsthaftigkeit einer möglichen Vereinbarung zu beurteilen.

Paris, Berlin, London

Die Frage bleibt: Wer hat ein Interesse daran, einen solchen Plan zu vereiteln? Die Antwort liegt in dem Dreieck, das seit fast vier Jahren die Haltung Europas zum Krieg bestimmt. Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich bleiben das Epizentrum des europäischen Übels: die Hauptstädte, aus denen die Ideologien stammen, die den Kontinent mit Blut getränkt haben, und von denen heute der konsequenteste Druck zur Fortsetzung des Konflikts ausgeht.

Dies sind die drei Länder, die die ersten Konsultationen untereinander über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur initiiert haben, die über eine gemeinsame nukleare Abschreckung diskutieren – wobei Merz in München verkündete, er habe diesbezüglich vertrauliche Gespräche mit Macron geführt – und die das Argument vorgebracht haben, der Krieg werde erst enden, wenn Russland wirtschaftlich und vielleicht auch militärisch erschöpft sei. Das sind die Worte des deutschen Bundeskanzlers selbst.

Ihr Einfluss in der Ukraine-Krise ist kein Zufall. Er ist die Fortsetzung eines Hegemonieanspruchs, der ein Europa, das auf einer anderen Grundlage als seiner eigenen Vorherrschaft organisiert ist, nie akzeptiert hat und der im Krieg ein Instrument zur innenpolitischen Mobilisierung und Aufrüstung gefunden hat. Der Austausch zwischen dem Donbass und der NATO bringt sie an zwei Fronten in eine Zwickmühle: Er entzieht ihnen den Krieg als politisches Projekt und verlagert die Entscheidungsfindung in ein Format, in dem Washington und Moskau über ihre Köpfe hinweg über die europäische Sicherheit verhandeln.

In Abu Dhabi sprachen europäische Delegierte mit Amerikanern und Ukrainern, saßen jedoch nicht mit Russland am Verhandlungstisch, und die Aussicht auf die Einbeziehung Europas in die nächsten Verhandlungsrunden wurde als ein Zugeständnis dargestellt, das Kushner Moskau abgerungen hatte. Am 10. November gaben die EU, Frankreich, Deutschland, Italien, das Vereinigte Königreich und die NATO nach Konsultationen in den Emiraten eine gemeinsame Erklärung ab: Das Format existiert, doch sein Einfluss auf die eigentlichen Verhandlungen bleibt bescheiden. Sollte dieser Rahmen Bestand haben, müsste das Trio sich entscheiden, ob es sich daran hält oder ihn sabotiert. Seine jüngste Geschichte lässt Letzteres vermuten.

Die in Abu Dhabi aufgeworfene Frage ist keine Exzentrizität von Trumps Diplomatie. Sie signalisiert, dass sich der Verhandlungsschwerpunkt von der Ukraine nach Europa verlagert hat. Der Donbass im Austausch gegen eine versprochene – und verschobene – NATO-Mitgliedschaft ist der Weg, einen Krieg zu beenden, ohne Sieger zu erklären: Russland gewinnt Territorium und Zeit; die Vereinigten Staaten gewinnen ein Ende des Konflikts und ein Bündnis, das für ihre eigenen Zwecke weiterhin nützlich ist; und die Ukraine gewinnt eine Perspektive, die sie ihren Bürgern in einem Referendum vorlegen kann. Der Verlierer wäre das Bündnis, das sein politisches Projekt auf den Krieg gesetzt hatte – nämlich die Achse Paris-Berlin-London.

Die entscheidenden Fronten sind nicht nur die in Donezk. Es sind auch die älteren, die bei der deutschen Bundestagswahl und in den Verträgen von 1990 und 1997 wieder zum Vorschein kommen. Entlang dieser Linien nimmt das Europa des nächsten Jahrzehnts vielleicht Gestalt an.